

Anlässlich der letzten Plenumssitzung vor der Landtagswahl am 16. Januar übergaben Gesamtschulinitiativen aus Friesland, Braunschweig und Hannover rund 8.000 Unterschriften an Kultusminister Bernd Busemann, den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wolfgang Jüttner, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Ina Korter. Die Initiativen forderten, die Änderung des Schulgesetzes und seine Umsetzung müssten so zügig nach Konstituierung des Landtages erfolgen, dass die neuen Gesamtschulen zum 01.08.2008 ihre Arbeit aufnehmen können.

Die Medien nahmen die Botschaft der Veranstaltung und den Streit mit dem Kultusminister auf und berichteten ausführlich. Die neue Gesamtschulen waren das Hauptthema der bildungspolitischen Debatte im NDR am gleichen Abend.

Olaf Lies, Sprecher der IGS-Initiative aus dem Landkreis Friesland und inzwischen direkt gewählter MdL, berichtete, dass der Landkreis einstimmig beschlossen hat, eine IGS einzurichten. Verschiedene Gemeinden haben Interesse bekundet, ihr bestehendes Schulzentrum mit Haupt- und Realschule in eine IGS umzuwandeln, um ihr Bildungsangebot zu verbessern. Bereits 431 Eltern haben eine Anmeldung für die 5. Klassen zum 01.08.2008 abgegeben, sodass in Friesland sofort drei Gesamtschulen eingerichtet werden können.

Gemeinden wollen Schulzentren in IGS umwandeln

Den großen Bedarf an zusätzlichen integrierten Gesamtschulen betonten die Initiativen aus Braunschweig und Hannover. Dort übersteigen die Anmeldungen seit Jahren die vorhandenen Kapazitäten. Ein Mitglied eines Schulvorstands aus Hannover-Stöcken erläuterte den einstimmigen Beschluss der Hauptschule und der Realschule, ihr Schulzentrum baldmöglichst in eine IGS umzuwandeln. Das Gymnasium im Stadtteil hat bereits die Kooperation beim Aufbau der neuen IGS angeboten.

Elterninitiativen aus Lüneburg und Osnabrück stellten die große örtliche Resonanz für eine schnelle IGS-Gründung dar. Vertreter aus

Neue Gesamtschulen zum 01.08.2008 „ohne Wenn und Aber“

Initiativen überreichen 8.000 Unterschriften



Foto: Richard Lauenstein

Es gibt großen Bedarf an zusätzlichen Gesamtschulen. Bei der Übergabe der Unterschriften der Gesamtschulinitiativen war viel bildungspolitische Prominenz anwesend.

verschiedenen Städten und Landkreisen erläuterten, dass die kommunalen Gremien auf ein Gesetz warten, um ihre Vorstellungen auf Errichtung einer IGS umsetzen zu können. Richard Wilmers aus Schaumburg konnte zusammenfassen: „Vor Ort ziehen die CDU-Politiker mit, wenn es um die Verbesserung des Schulangebots durch Umwandlung in eine IGS geht. Die sehen das nicht ideologisch, sondern denken eher an die Akzeptanz neuer Baugebiete. Dafür brauchen sie nämlich auch den gymnasialen Bildungsgang in ihrer Gemeinde.“

Unter der Moderation des GEW-Landesvorsitzenden Eberhard Brandt kam es unter den Politikern und mit den Initiativen zu einer lebhaften Debatte. Richard Wilmers spitzte die Kritik an den Aussagen des Kultusministers zu: „Sagen Sie deutlich: Wollen Sie die

Genehmigung neuer Gesamtschulen ohne Wenn und Aber oder wollen Sie sie nicht?“. Als Busemann seine Zusage, es würde zum Schuljahr 2008/09 Gesamtschulen geben, wo der Wille der Eltern und des Schulträgers eindeutig sei, einschränkte und insbesondere darauf bestand, jeder Schulträger müsse weiterhin die Schulen des gegliederten Schulwesens anbieten, weil Niedersachsen ein Land des gegliederten Schulwesens sei, wurde der Widerspruch von den 60 Anwesenden laut, zu denen auch einige Landtagsabgeordneten zählten.

Vor Ort ziehen CDU-Politiker mit

Wolfgang Jüttner, SPD-Spitzenkandidat, und Ina Korter, Bildungsexpertin der Grünen, sicherten den Gesamtschulanhängern zu, sofort das Schulgesetz zu ändern, wenn sie zusammen eine Mehrheit bekommen. Aber die haben sie doch nicht! Beide sind sich einig, dass Gesamtschulgründungen so schnell wie möglich zugelassen werden sollen. SPD und Grüne können sich darauf stützen, dass nach einer NDR-Umfrage auch eine große Mehrheit der CDU-Wähler dafür plädiert, das Verbot von Gesamtschulgründungen aufzuheben.

Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt hielt dem amtierenden Kultusminister Busemann vor, er habe in seiner Antwort auf die Forderungen der Initiativen erneut „rumgeeiert“. Er weiche in der zentralen Frage aus, ob denn nun den Forderungen der Eltern, der Gemeinden und der Kreistage nach Gesamtschulgründungen entsprochen würde, wenn CDU und FDP weiter in der Regierungsverantwortung blieben. „Die Gemeinden müssen berechtigt sein, ihre Schulzentren in eine IGS umzuwandeln. Jedes Kind in Niedersachsen muss das Recht realisieren können, eine Gesamtschule zu besuchen.“ In diesen Fragen würde keine Ruhe einkehren.

Vorankündigung:

Neue Gesamtschulen jetzt – ohne Wenn und Aber

Donnerstag, 3. April 2008, 11.00 - 13.30 Uhr, Hannover

- Begrüßung** Eberhard Brandt, Vorsitzender GEW Niedersachsen
Olaf Lies, MdL, Sprecher der Initiative IGS Friesland
- Referate**
- Gerhard Hildebrandt, Leiter der IGS Wilhelmshaven
 - Landesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen
 - Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz
 - Dr. Dieter Galas

Diskussion

In der Woche vor der ersten Plenartagung des neu gewählten Landtages, in der Gesetzesinitiativen eingebracht werden können, stellt die GEW ihre Anforderungen an die Änderung des Schulgesetzes und an die Regularien der Errichtung neuer Gesamtschulen vor.

Prof. Mahrenholz, ehemaliger Niedersächsischer Kultusminister und Bundesverfassungsrichter, ist im Herbst 2007 hat mit seinem Plädoyer für verfassungsmäßigen Rechte der Kommunen, ihr Schulangebot zu gestalten und dabei Gesamtschulen einzurichten, in den Medien und bei den politischen Entscheidungsträgern Aufsehen erregt.

Die Einladung richtet sich insbesondere an die Gesamtschulinitiativen, Mitglieder des Landtages und Vertreter der Schulträger.

Ort: Wird noch bekannt gegeben.

Kontakt: Ulla Riechelmann. Tel. 0511-338 04 23; Fax 0511-338 04 21, U.Riechelmann@gew-nds.de